

Geschäftsbereich Tarif Friedrichstraße 169 D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-54 00 Telefax 030.40 81-43 99 tarif@dbb.de www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion, GB Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin Mitglieder der Geschäftsführung der Bundestarifkommission des dbb

Mitglieder der Bundestarifkommission des dbb

Mitgliedsgewerkschaften des dbb

dbb einschließlich Landesbünde

dbb bundesfrauenvertretung, dbb jugend, dbb bundesseniorenvertretung

dbb-Dienstleistungszentren

20. September 2020 Sz/ki

Nr. 16/2020 Einkommensrunde 2020 mit Bund und Kommunen – Zweite Verhandlungsrunde

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 19. und 20. September 2020 wurden die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Bund und den Kommunen in Potsdam fortgesetzt. Die Arbeitgeberseite hat auch in dieser zweiten Verhandlungsrunde kein Angebot vorgelegt. Mit Hinweis auf die enormen finanziellen Belastungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie haben Bund und Kommunen jedes Entgegenkommen abgelehnt und erneut einen Tarifabschluss mit äußerst geringem Umfang und extrem langer Laufzeit gefordert. Die Arbeitgeberseite besteht weiterhin darauf, das Thema "Arbeitsvorgang" in der Eingruppierung neu zu regeln. Dies lehnt der dbb ab und fordert, die diesbezügliche Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts umzusetzen, das in mehreren Urteilen festgestellt hat, dass bei Beschäftigten in der Justizverwaltung verschiedene Einzeltätigkeiten zu einem großen Arbeitsvorgang zusammenzufassen sind, der dann der Eingruppierung zugrunde zu legen ist. Dies führt bei den betroffenen Beschäftigten zu einer Eingruppierung in einer höheren Entgeltgruppe.

Im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde haben außerdem erste Gespräche zu den vereinbarten zusätzlichen Verhandlungstischen Gesundheit / Pflege, Sparkassen und Flughäfen stattgefunden. Auch in diesen Bereichen wurden noch keine greifbaren Ergebnisse erzielt.

Die Gewerkschaften haben an den vergangenen beiden Tagen in Potsdam ihre Forderungen erneut begründet. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig die verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes sind, um das Land am Laufen zu halten. Die Krisensituation hat in der Öffentlichkeit verstärkt ins Bewusstsein gerufen, welch hervorragende und herausfordernde Arbeit die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich leisten, auch und gerade im Gesundheitsbe-

reich. Deshalb hat der dbb an diesem Wochenende die konkrete Forderung nach einer monatlichen Pflegezulage von 300 Euro erhoben.

Die Pandemie zeigt aber auch die Missstände auf, die die Tarifpartner gemeinsam beheben müssen, um den öffentlichen Dienst zu verbessern und auf hohem Niveau funktionsfähig zu halten. Der öffentliche Dienst muss im Wettbewerb um Fachkräfte konkurrenzfähiger werden, die Belastung der Beschäftigten muss gesenkt und die Gerechtigkeitslücke zwischen Ost und West im kommunalen Bereich 30 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich geschlossen werden.

Die Forderungen des dbb und weitere Verhandlungsthemen

Die Forderungen des dbb lauten:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro

Weiterhin will der dbb:

- Angleichung der Arbeitszeit Ost an West im kommunalen Bereich
- Einrichtung eines "Verhandlungstisches Pflege" zur Verbesserung der Arbeits- und Entgeltbedingungen im Pflegebereich
- Verlängerung und Verbesserung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit
- Der öffentliche Dienst braucht Entlastung. Das gilt nicht erst seit der Corona-Krise.
 Deshalb fordern wir zusätzliche freie Tage für den öffentlichen Dienst.
- Eine verbindliche Zusage zur Übernahme der Azubis
- Nahverkehrsticket für alle Azubis
- Einbeziehung der praxisintegrierten Dualstudiengänge in den TVSöD
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Bundesbeamten
- Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamten

Ausblick

Die Verhandlungen werden am 22. und 23. Oktober 2020 in Potsdam fortgesetzt. Bis dahin werden außerdem weitere Verhandlungsrunden zu den zusätzlichen Verhandlungstischen Gesundheit / Pflege, Sparkassen und Flughäfen stattfinden.

Der dbb wird bis zum 22. Oktober 2020 bundesweit zahlreiche Aktionen unter Corona-gerechten Bedingungen durchführen. Wir fordern alle betroffenen Mitglieder unserer Fachgewerkschaften auf, für unsere berechtigten Forderungen zu kämpfen und sich an den Aktionen vor Ort zu beteiligen. Auch die Beamtinnen und Beamten sind aufgerufen, in ihrer Freizeit teilzunehmen. Informationen zu einzelnen Aktionen und alle weiteren Hintergründe zur Einkommensrunde 2020 sind auf der Sonderseite des dbb unter www.dbb.de/einkommensrunde abrufbar.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Geyer Stellv. Bundesvorsitzender Fachvorstand Tarifpolitik